



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
 Décision 8. Mai 1991
 Decisione

Beteiligung der Schweiz am EG-Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS / Beschluss des Rates 87/327/EWG) / Inkraftsetzung des Bundesbeschlusses vom 22. März 1991 über die internat. Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung

Aufgrund des Antrags des EDA, des EDI und des EVD vom2.....Mai.....1991.....

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Inhalt des oben erwähnten Antrags betreffend die Beteiligung der Schweiz am EG-Programm ERASMUS wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Schweiz beteiligt sich am "Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS)" der EG.
3. Das entsprechende am 14. Februar 1991 in Brüssel paraphierte "Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung im Rahmen des ERASMUS-Programms" zwischen der Schweiz und der EG wird genehmigt.
4. Der Bundespräsident oder, wenn nicht möglich, der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, bzw. in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
5. Der Bundesbeschluss vom 22. März 1991 über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung, (BB1 1991 I 1372) tritt unter Vorbehalt des unbenützten Ablaufs der Referendumsfrist (Ablauf der Frist am 8. Juli 1991), am 9. Juli 1991 in Kraft.
6. Mit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses wird der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, zur Mitteilung gemäss Art. 13 des Abkommens über den Abschluss des Genehmigungsverfahrens ermächtigt.
7. Die Bundeskanzlei stellt die erforderlichen Vollmachten aus.
8. Die in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten finanziellen Beiträge werden der Kreditrubrik 327.3600.309 belastet.
9. Die Bundeskanzlei veröffentlicht das Abkommen, im Einvernehmen mit dem EDA, in der Gesetzesammlung.

Veröffentlichung

Amtliche Sammlung (Ziff. 5 und 9, erst nach dem 8. Juli 1991)

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

| Protokollauszug an: | | | | |
|---|------|----------|------|-------|
| <input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage | | | | |
| z.V. | z.K. | Dep. | Anz. | Akten |
| | | EDA | 10 | |
| X | | EDI | 11 | - |
| X | | EJPD | 5 | - |
| | | EMD | | |
| X | | EFD | 7 | |
| X | | EVD | 6 | - |
| | | EVED | | |
| X | | BK | 5 | - |
| X | | EFK | 2 | - |
| X | | Fin.Del. | 2 | - |



EIDG. DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE
ANGELEGENHEITEN

EIDG. DEPARTEMENT
DES INNERN

EIDG. VOLKS-
WIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT

Für die BR.-Sitzung
vom - 8. MA 1991

Bern, den 2. Mai 1991

An den Bundesrat

Beteiligung der Schweiz am EG-Programm ERASMUS, dem gemeinschaftlichen Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (Beschluss des Rates 87/327/EWG).

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den Antrag, der Beteiligung der Schweiz am EG-Aktionsprogramm "zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten" (ERASMUS) zuzustimmen und den am 14. Februar 1991 paraphierten Entwurf des entsprechenden Zusammenarbeitsabkommens zu genehmigen.

1. Das EG-Programm ERASMUS

Mit diesem Programm (EuROpean Action Scheme for the Mobility of University Students: ERASMUS) fördert die EG die Mobilität von Hochschulstudenten und Lehrkräften und die interuniversitäre Zusammenarbeit. Es wird von der EG-Kommission durchgeführt. Das Programm gliedert sich in vier "Aktionen":

- AKTION 1:** Aufbau und Betrieb eines Hochschulnetzes: Netz von Hochschulen, die interuniversitäre Austauschprogramme mit voller gegenseitiger Anerkennung von Studienzeiten und -leistungen durchführen (Hochschulkooperationsprogramme - HKP; engl.: ICP; frz./it.: PIC). Erklärtes Ziel ist es, möglichst multilaterale HKP aufzubauen. Trotzdem sind gegenwärtig noch ca. 30% der HKP bilateral. Die beteiligten Hochschulen treffen Vereinbarungen für den Austausch von Studenten und Dozenten; sie stellen gemeinsame Lehrprogramme auf. Dozenten und Hochschulverwaltungen besuchen zu diesem Zweck auch persönlich Hochschulinstitutionen anderer Mitgliedstaaten. Die EG gewährt jeder beteiligten Hochschuleinrichtung Zuschüsse bis maximal 25'000 ECU (durchschnittlich etwa 10'000 ECU).
- AKTION 2:** Gewährung von Stipendien an Studenten, die mindestens ein Trimester und maximal zwei Semester in einem anderen Mitgliedstaat studieren. Um ein solches Stipendium zu erhalten, muss der Studienaufenthalt im Ausland nach dem ersten Hochschuljahr erfolgen und von der Hochschule des Herkunftslandes im voraus voll anerkannt werden. Bevorzugt werden Studienaufenthalte im Rahmen eines HKP, doch sind ausdrücklich auch sogenannte "free movers" zugelassen. Die Stipendien in Höhe von maximal 5000 ECU pro Jahr (durchschnittlich 2000 ECU) dienen lediglich der Deckung der durch die Mobilität entstehenden Mehrkosten (Reisekosten, höhere Lebenshaltungskosten im Gastland, Kosten für die sprachliche Vorbereitung usw.). Die Gasthochschule darf keine Einschreibe- und/oder Studiengebühren erheben. Der Herkunftshochschule des Stipendiats ist es jedoch freigestellt, diese während des Auslandsaufenthalts weiterhin zu verlangen. Unterhaltszuschüsse, die ein

ERASMUS-Stipendiat bereits in seinem Herkunftsland erhält, müssen ihm während seiner Studienzeit an der Gasthochschule weitergezahlt werden.

AKTION 3: Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten mittels eines Systems zur Anrechnung von Studienleistungen (EG Course Credit Transfer System: ECTS), Förderung gemeinsamer Curriculum-Entwicklungen zwischen den Hochschulen und Weiterentwicklung des schon vor ERASMUS aufgebauten Netzes von Informationszentren über die akademische Anerkennung (NARIC).

AKTION 4: Flankierende Massnahmen: Unterstützt werden Intensivprogramme (ca. 20'000 ECU pro Hochschule), Informationsveranstaltungen und -kampagnen, Veröffentlichungen (z.B. das Studentenhandbuch) und die jährliche Verleihung eines ERASMUS-Preises.

Beteiligung: Institutionen aus dem post-sekundären, tertiären Bereich bzw. deren Studenten und Dozenten; in der Schweiz: Universitäten und (Technische) Hochschulen, Höhere Technische Lehranstalten, Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschulen, Konservatorien, Musikhochschulen und -akademien, Kunstgewerbeschulen, Höhere Pädagogische Schulen und Seminarier, Höhere (Fach-)schulen (für Touristik, Sozialpädagogik, Hauswirtschaft, Gastronomie, Gastgewerbe), Lehrerbildungsinstitute (ab Sekundarlehrerstufe II), Dolmetscherschulen, (Fach-)schulen für Sozialarbeit, Physio-, Ergo- und Aktivierungstherapie.

2. Ziele und Interesse einer Beteiligung der Schweiz

In seiner Botschaft über Massnahmen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und für die Mobilitätsförderung vom 17. September 1990 (90.059) unterbreitet der Bundesrat eine Reihe von Massnahmen mit dem gemeinsamen Ziel, die innerschweizerische und internationale Zusammenarbeit im höheren Bildungswesen und die Mobilität von Studenten und Lehrkräften zu fördern. Besonderes Interesse gilt darin dem EG-Programm ERASMUS.

Eine Umfrage der Schweizerischen Hochschulkonferenz zum Interesse der Universitäten und Hochschulen der Schweiz an einer Beteiligung am Programm ERASMUS erhielt trotz Erwähnung möglicher Einschränkungen für die Beteiligung der EFTA-Länder grossmehrheitlich ein positives Echo.

3. Die Verhandlungen der EFTA-Länder mit der EG

Nach Abschluss des Abkommens über die Beteiligung an COMETT II, äusserten die EFTA-Länder den Wunsch, im Frühjahr 1990 mit den Verhandlungen über die Beteiligung an ERASMUS ebenfalls im Rahmen des "Luxemburg-Folgeprozesses" zu beginnen. Diese begannen jedoch angeblich wegen EG-interner Entscheidungsprozeduren erst am 5. Dezember 1990 und standen unter grossem Zeitdruck, da seitens der EG ein Verhandlungsergebnis auf Ende Januar 1991 verlangt wurde. Die schweizerische Verhandlungsdelegation bestand aus Vertretern des Integrationsbüros EDA/EVD, einem als Experten beigezogenen Vertreter der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Vertreter des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft. Sie legte schriftliche Textvorschläge vor ("Gegenentwürfe"), die zu einem wesentlichen Teil als EFTA-Vorschläge der Kommission vorgelegt wurden. Diese wurden jedoch anlässlich der vorletzten Verhandlungsrunde allesamt von der EG-Seite verworfen. EFTA-intern konnte sich die schweizerische Delegation mit ihrem Konzept, den finanziellen Beitrag der EFTA-Länder am Programm ERASMUS proportional zum Ausmass ihrer Diskriminierung gegenüber den EG-Mitgliedstaaten zu reduzieren, nicht durchsetzen. Entsprechend ihrem Verhandlungsmandat hat sie nicht weiter darauf beharrt und sich aktiv für die Durchsetzung einer vorteilhaften Interpretation des Vertragstextes in den "Agreed Minutes" und einer möglichst langen Uebergangsfrist bei der "2:1 Regel" eingesetzt, was teilweise gelang (siehe dazu Pkt. 4.). Wenig vorteilhaft auf die Verhandlungen wirkten zum einen die wenig konstruktiven Verhandlungspositionen der skandinavischen Delegationen und zum anderen das COMETT II-Abkommen, das sich - trotz gegenteiliger Erklärung - als Präzedenzfall erwies.

Die aus Vertretern der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), des Bundesamtes für Kultur (BAK), der EDA-Direktion für internationale Organisationen (DIO), des Integrationsbüros EDA/EVD und des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (BBW) zusammengesetzte "interne Gruppe Bildung" begleitete die Verhandlungen. Ferner wurde die Direktion für Völkerrecht (DV) im Laufe der Verhandlungen informiert und konsultiert.

4. Das Zusammenarbeitsabkommen Schweiz-EWG für das Programm ERASMUS

Am 14. Februar erfolgte in Brüssel die Paraphierung des bereinigten bilateralen "Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung im Rahmen des ERASMUS-Programms" durch die EG und die einzelnen EFTA-Länder sowie Liechtenstein.

Die EFTA-Länder haben, wie schon beim Programm COMETT, keine gleichberechtigte Programmbeteiligung bei ERASMUS erhalten: Während Hochschulen aus EG-Staaten jeweils nur mindestens einen Partner aus einem anderen EG-Land brauchen (1:1 Regel), benötigen Hochschulen aus EFTA-Länder mindestens zwei Partner aus verschiedenen EG-Ländern (2:1 Regel/siehe Beilage, Art. 3.1). Der Austausch unter EFTA-Länder wird in keinem Fall unterstützt, auch wenn zusätzlich Hochschulen aus 2 oder mehreren EG-Staaten am selben Kooperationsprogramm (HKP) beteiligt sind. Eine weitere Benachteiligung der EFTA-Länder besteht bei der "Komitologie": die EFTA-Länder besitzen keinerlei Rechte hinsichtlich der Mitbestimmung des Inhalts, des Budgets und des Managements des Programms. Sie sind auch nicht im "Erasmus Advisory Committee" (Konsultativorgan) vertreten. Die EFTA-Länder werden einzeln in sog. "Joint Committees" (EG-Vertreter und Vertreter des jeweiligen EFTA-Lands) informiert (Art. 6). Die "Joint Committees" sind (ähnlich wie bei COMETT) mit der Implementierung des Programms betraut.

Erreicht haben die EFTA-Länder eine Uebergangsfrist bei der 2:1 Regel (Aktion 1) in Form einer einjährigen Gewährung der 1:1 Regel, d.h. es können im ersten Jahr bilaterale HKP vom ERASMUS-Programm finanziell unterstützt werden; diese müssten aber im darauffolgenden Jahr auf mindestens einen weiteren Partner (Hochschule) aus einem anderen EG-Land erweitert werden.

5. Finanzielles

Für die zweite Phase des Programms (1990/91 - 1992/93) hat die EG 192 Mio. ECU vorgesehen. Das Budget wird jedoch von der EG jährlich beschlossen. Angesichts einer dem Angebot deutlich übersteigenden Nachfrage zeichnen sich Mittelknappheiten bzw. proportionale Redimensionierungen der einzelnen Unterstützungsbeiträge ab. Eine Budget-Erhöhung ist jedoch wegen der neuen deutschen Bundesländer vorgesehen.

Die jährliche finanzielle Beteiligung der EFTA-Länder betrüge, nach einer Schätzung auf der Grundlage des Jahres 1991, gesamthaft 11'545'258 ECU oder 16,49% des ERASMUS-Budget der EG (70 Mio ECU) bzw. 14,16% der EG&EFTA-Beiträge. Für die Schweiz ergäbe dies ein jährlicher Beitrag von 3'045'534 ECU (ca. 5,5 Mio SFr.) oder 4,35% des EG-Budgets bzw. 3,73% der EG&EFTA-Beiträge. Bei einer diesjährigen Ratifizierung ist diese Summe schon am 1.1.92 fürs akademische Jahr 92/93 fällig. Die Vorbereitungskosten für das Jahr 1991 wurden für die Schweiz auf 131'900 ECU (ca. 240'000 SFr.) veranschlagt.

Die entsprechenden Tabellen befinden sich am Schluss der Beilage 2.

6. Bewertung des paraphierten Abkommens / Ratifizierung

Obwohl der vorliegende Vertrag nicht voll befriedigt, sollte aus bildungspolitischen Ueberlegungen die Unterzeichnung und die Ratifizierung noch in diesem Jahr vorgenommen werden. Damit unsere Hochschulen am akademischen Jahr 92/93 (Antragseinreichung bis 31.10.91) teilnehmen können, muss der Vertrag vor dem 30.9.91 ratifiziert werden.

Alle EFTA-Länder sowie Liechtenstein haben das Abkommen paraphiert und werden es voraussichtlich vor Ende September dieses Jahres unterzeichnen und ratifizieren. Von der EG wird die offizielle Unterzeichnung auf Ende März/anfangs April 1991 sowie eine diesjährige Ratifizierung erwartet.

Eine spätere Ratifizierung wäre grundsätzlich möglich. Die Beteiligung der Schweiz würde dann, jeweils bis zum 30.9. des folgenden Jahres, ohne weitere Konsequenzen um ein akademisches Jahr verschoben.

7. Legislaturplanung

Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Abschluss von Uebereinkommen mit der EG, welche es der Schweiz ermöglichen, sich an den europäischen Programmen für Weiterbildung und Mobilität zu beteiligen sind Ziele der Legislaturplanung. Die Beteiligung am EG-Programm ERASMUS ist im

Bericht vom 18. Januar 1988 über die Legislaturplanung 1987-1991 enthalten (BBl 1988 I, S. 451 bzw. 88.001, S. 57).

8. Rechtsgrundlage

Dieses Kooperationsabkommen gründet auf dem von den eidgenössischen Räten am 22. März 1991 genehmigten Bundesbeschluss über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung, mit dem dazugehörigen Kreditbeschluss, beantragt mit der Botschaft über Massnahmen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und für die Mobilitätsförderung vom 17. September 1990 (90.059, S. 43 und 44).

Während ersterer (der Bundesbeschluss über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung) den Bundesrat u.a. ermächtigt, im Rahmen der bewilligten Kredite Verträge über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung abzuschliessen (wobei das Programm ERASMUS im Vordergrund steht), sichert der zweite (der Bundesbeschluss über die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung) die Finanzierung der Beteiligung an ERASMUS durch den darin enthaltenen Verpflichtungskredit von 52 Mio SFr. Ersterer Bundesbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

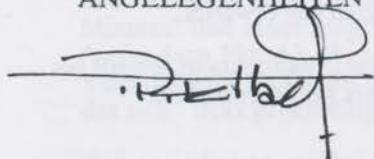
Da der Bundesbeschluss über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung, welcher die Rechtsgrundlage für den Abschluss des ERASMUS-Vertrages durch den Bundesrat bildet, dem fakultativen Referendum untersteht, kann die Schweiz das Abkommen nur unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnen. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist - diese ist auf den 8. Juli 1991 festgesetzt - ist die Zuständigkeit des Bundesrates zum Vertragsabschluss formell gegeben, so dass der Chef der Schweizerischen Mission in Brüssel oder sein Stellvertreter den Abschluss der innerstaatlichen Vertragsgenehmigungsverfahren gemäss Artikel 13 des ERASMUS-Abkommens notifizieren können. Da angesichts der breiten parlamentarischen Zustimmung für den Bundesbeschluss ein Referendum ausgeschlossen werden darf, wird aus verfahrensökonomischen Gründen die Genehmigung, Unterzeichnung und Ratifikation des ERASMUS-Abkommens in einem Antrag zusammengefasst.

9. Ergebnis der Aemterkonsultation

Dieser Antrag wurde vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbüro EDA/EVD ausgearbeitet. Die Direktion für internationale Organisationen, die Direktion für Völkerrecht, das Bundesamt für Justiz, das Bundesamt für Ausländerfragen, das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die Eidg. Finanzverwaltung und die Bundeskanzlei sind mit diesem Antrag einverstanden.

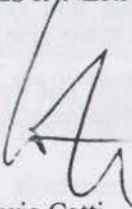
Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDG. DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE
ANGELEGENHEITEN



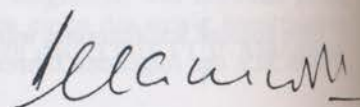
René Felber

EIDG. DEPARTEMENT
DES INNERN



Flavio Cotti

EIDG. VOLKS-
WIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENT



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Kopie des paraphierten ERASMUS-Abkommens mit dem Anhang I. "Der Beschluss des Rates vom 15. Juni 1987", dem Anhang; II. "Die finanziellen Regelungen" (financial annexes), den "Agreed Minutes", der Tabelle der voraussichtlichen jährlichen Beiträgen der EFTA-Länder, der Tabelle der "Vorbereitungskosten" (phasing in costs) und der schweizerischen Deklaration.

Zum Mitbericht an:

- EJPD
- EFD

Protokollauszug an:

- EDA 10 Expl. (GS 5, IB 5 zum Vollzug)
- EDI 11 Expl. (GS 5, ID 1, BBW 4 zum Vollzug, SRETH 1)
- EJPD 5 Expl. zur Kenntnis
- EFD 5 Expl. zur Kenntnis
- EVD 6 Expl.. (GS 5, BIGA 1)
- BK 5 Expl. zum Vollzug

1. Der entsprechende am 14. Februar 1987 in Brüssel paraphierte "Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung im Rahmen des ERASMUS-Programms" zwischen der Schweiz und der EG wird genehmigt.
2. Der Bundespräsident oder, wenn nicht möglich, der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter wird ersucht, das Abkommen unter Berücksichtigung der erforderlichen Vollmassnahmen zu ratifizieren.
3. Der Bundesbeschluss vom 21. März 1986 über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Hochschulbildung (BBl 1986 I 377) wird, vorbehaltlich des Referendums (Artikel der Fines vom 8. Juli 1974), am 9. Juli 1987 in Kraft gesetzt.
4. Mit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses wird der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, zur Mitteilung gemäss Art. 13 des Abkommens über den Abschluss des Kooperationsprogramms ermächtigt.
5. Die Bundeskanzlei stellt die erforderlichen Vollmassnahmen ein.
6. Das in Artikel 4 des Kooperationsabkommens festgelegte finanzielle Beiträge werden der Eidgenossenschaft 107'500'000 Franken.
7. Die Bundeskanzlei veröffentlicht das Abkommen, im Einvernehmen mit dem EDA, in der Gesamtsammlung.

Für amtliche Ausfertigung
des Protokollauszugs

Verfasser:

Amliche Sammlung (ZBL 5)

Beteiligung der Schweiz am EG-Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS / Beschluss des Rates 87/327/EWG)

Aufgrund des Antrags des EDA, des EDI und des EVD vom2.....Mai.....1991.....

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen :

1. Vom Inhalt des oben erwähnten Antrags betreffend die Beteiligung der Schweiz am EG-Programm ERASMUS wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Schweiz beteiligt sich am "Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS)" der EG.
3. Das entsprechende am 14. Februar 1991 in Brüssel paraphierte "Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung im Rahmen des ERASMUS-Programms" zwischen der Schweiz und der EG wird genehmigt.
4. Der Bundespräsident oder, wenn nicht möglich, der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, bzw. in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter wird ermächtigt, das Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
5. Der Bundesbeschluss vom 22. März 1991 über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung und der Mobilitätsförderung, (BBl 1991 I 1372) wird, vorbehaltlich des Referendums (Ablauf der Frist am 8. Juli 1991), am 9. Juli 1991 in Kraft gesetzt.
6. Mit Inkrafttreten des Bundesbeschlusses wird der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, zur Mitteilung gemäss Art. 13 des Abkommens über den Abschluss des Genehmigungsverfahrens ermächtigt.
7. Die Bundeskanzlei stellt die erforderlichen Vollmachten aus.
8. Die in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten finanziellen Beiträge werden der Kreditrubrik 327.3600.309 belastet.
9. Die Bundeskanzlei veröffentlicht das Abkommen, im Einvernehmen mit dem EDA, in der Gesetzessammlung.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Veröffentlichung

Amtliche Sammlung (Ziff. 8)

SWITZERLAND



KOMMISSIONEN
FOR DE EUROPÆISKE
FÆLLESSKABER

Agreement

between

the European Economic Community

and

The Swiss Confederation

establishing cooperation in the field of education and training within
the framework of the ERASMUS Programme



ΕΠΙΤΡΟΠΗ
ΤΩΝ_ΕΥΡΩΠΑΪΚΩΝ
ΚΟΙΝΟΤΗΤΩΝ



COMMISSION
OF THE EUROPEAN
COMMUNITIES



COMISIÓN
DE LAS COMUNIDADES
EUROPEAS



COMMISSION
DES COMMUNAUTÉS
EUROPÉENNES



COMMISSIONE
DELLE COMUNITÀ
EUROPEE



COMMISSIE
VAN DE EUROPESE
GEMEENSCHAPPEN



COMISSÃO
DAS COMUNIDADES
EUROPEIAS

F. L. ...
...

Agreement
 between
 the European Economic Community
 and
 The Swiss Confederation
 establishing cooperation in the field of education and training within
 the framework of the ERASMUS Programme

The European Economic Community, hereinafter called "the Community"

and

The Swiss Confederation, hereinafter called Switzerland

hereinafter both called the "Contracting Parties",

Whereas, the Community has adopted the European Community Action Scheme for the Mobility of University Students, hereinafter referred to as ERASMUS;

Whereas the Contracting Parties have a common interest in cooperation in this field, as part of the wider cooperation between the Community and the EFTA countries in the field of education and vocational training with the aim of contributing to a dynamic and homogeneous development in this field ;

Whereas in particular cooperation between the Community and Switzerland with a view to pursuing the objectives fixed for ERASMUS, within the context of a network of interuniversity cooperation involving the Community and the EFTA countries as a whole by its nature enriches the impact of ERASMUS actions so as to strengthen the skill levels of human resources in the Community and Switzerland ;

Whereas the Contracting Parties consequently expect to obtain mutual benefit from the participation of Switzerland in ERASMUS ;

Whereas a succesful cooperation in this field implies a general commitment by both sides to make complementary efforts to stimulate student mobility ;

RF
 [Handwritten signature]

[Faint handwritten signature]

HAVE AGREED AS FOLLOWS :

Article 1

Cooperation between the Community and Switzerland shall be established in the field of inter-university cooperation and mobility in the context of the implementation of ERASMUS. The Actions of the ERASMUS programme are set out in Annex I.

Article 2

For the purposes of the Agreement, the term "university" shall be used to cover all types of post-secondary education and training establishments which offer, where appropriate within the framework of advanced training, qualifications or diplomas of that level, whatever such establishments may be called in the Contracting Parties.

Students registered in those establishments, regardless of the field of study, are eligible for support within the ERASMUS Programme, up to and including doctorate level, on condition that the period of study at the host university, which is compatible with the curriculum at the student's home university, forms part of his or her vocational training.

The ERASMUS Programme does not cover research and technological development activities.

Article 3

Unless otherwise provided in this article, references in Annex I of this Agreement to the Member States of the Community shall be understood for the purposes of the present Agreement as referring also to Switzerland.

As far as the different Actions of ERASMUS are concerned, the participation of universities from Switzerland in ERASMUS activities shall be subject to the specific conditions and rules set out in the present Article.

1. Action 1: Establishment and operation of a European University Network

The content and objectives of this Action shall be those indicated in Action 1 of the Annex I to the present Agreement.

- 1) Universities from Switzerland may formally participate in and receive funding for participation in Interuniversity Cooperation Programmes (ICPs). In order to create a Network of Interuniversity Cooperation between the Community and Switzerland preference shall be given to multilateral ICPs. In line with this principle ICPs shall include universities from at least two Community Member States. However, in the first year of operation of the present Agreement, ICPs including one or more universities from at least one Community Member State shall exceptionally be eligible for financial support.
- 2) Activities within Action 1 solely between universities from Switzerland and from EFTA countries, even where such countries have a cooperation agreement with the Community concerning ERASMUS, shall not be eligible for financial support.

Handwritten signatures:
 [Signature] [Signature]
 [Signature]

Handwritten mark:
 [Mark]

- 3 -

- 3) Under the circumstances set out in paragraphs 1) and 2), universities from Switzerland shall benefit from the measures referred to under this Action on the same basis as universities from Community Member States and under the same conditions.

2. Action 2: ERASMUS student grants scheme

The content and objectives of this Action shall be those indicated in Action 2 of the Annex I to the present Agreement.

- 1) ERASMUS student grants may be awarded to students from Switzerland for the purpose of facilitating a period of study in a Member State of the Community and vice versa. Such students shall be nationals or permanent residents in EC Member States or Switzerland. Grants shall not be awarded to students from Switzerland for the purpose of facilitating a period of study in another EFTA country (or vice versa), even where that country has a cooperation agreement with the Community concerning ERASMUS.
- 2) The ERASMUS grants for students moving from universities in Switzerland shall be administered through the competent authority in Switzerland, which shall be designated by Switzerland for this purpose.
- 3) Under the circumstances set out in paragraphs 1) and 2), university students from Switzerland may benefit from the measures referred to under Action 2 of Annex 1 of this Agreement, on the same basis as university students from Community Member States and under the same conditions.

3. Action 3: Measures to promote mobility through the academic recognition of diplomas and periods of study.


The content and objectives of this Action shall be those indicated in Action 3 of the Annex I to the present Agreement.

Relevant institutions and bodies in Switzerland shall be eligible to participate in and benefit from the measures referred to under this Action on the same basis as similar institutions and bodies in the Community Member States and under the same conditions.

4. Action 4: Complementary measures to promote student mobility in the Community

The content and objectives of this Action shall be those indicated in Action 4 of the Annex I to the present Agreement.

Relevant institutions and bodies in Switzerland shall be eligible to participate in and benefit from the measures referred to under this Action on the same basis as similar institutions and bodies in the Community Member States and under the same conditions.


R. Frisch

Article 4

1. Switzerland shall make an annual contribution to the financing of the ERASMUS programme, beginning in the calendar year following entry into force of this agreement up to and including the calendar year in which the last academic year of operation of this agreement begins.
2. This annual financial contribution of Switzerland shall be established in proportion to the total annual budget for the ERASMUS programme.
3. The proportionality factor governing the contribution by Switzerland shall be determined by the ratio between its Gross Domestic Product (G.D.P.), at market prices, and the sum of the Gross Domestic Product, at market prices, of the Member States of the Community and Switzerland. This ratio shall be calculated year by year on the basis of the latest available OECD statistical data.
4. At the beginning of each year, the Commission shall inform Switzerland of the amount of the appropriations available in the Community budget, for that year in respect of the ERASMUS programme. Amendments of this amount occurring during the year shall be communicated to Switzerland by the Community.
5. In addition to the annual contribution referred to in paragraph 1 above Switzerland shall make not later than by the entry into force of this Agreement Switzerland an initial contribution of ECU 131,900. to cover the costs of prior preparatory work carried out by the Commission in connection with the implementation of this Agreement.
6. The rules governing the financial contributions by Switzerland to the development of the ERASMUS programme shall be those set out in Annex II to the present Agreement.

Swiss
EF
GH

Article 5

Subject to the special requirements referred to in Article 4 of the present Agreement regarding participation by universities from Switzerland, the terms and conditions for the submission and evaluation of applications and the terms and conditions for the granting and conclusion of contracts under the ERASMUS Programme shall be the same as those applicable to universities in the Community.

Article 6

1. A Joint Committee is hereby established.
2. The Committee shall be responsible for the implementation of the present Agreement.
3. The Community delegation shall take the appropriate steps to ensure coordination between the implementation of this Agreement and the decisions taken by the Community in respect of the implementation of ERASMUS.
4. For the purpose of the proper implementation of the Agreement, the Contracting Parties shall exchange information and, at the request of either Party, shall hold consultations within the Committee.

GH
F. F. F.

GH

5. The Committee may deliver opinions and elaborate guidelines concerning the implementation of the ERASMUS Programme as far as the participation of Switzerland is concerned.
6. The Committee shall adopt its own rules of procedure.
7. The Committee shall consist of representatives of the Community, on the one hand, and on the other, representatives of Switzerland.
8. The Committee shall act by mutual agreement.
9. The Committee shall meet at the request of either Contracting Party, in accordance with the conditions to be laid down in its rules of procedure.

Article 7

Decisions concerning the selection of projects described in Annex I (Action 1, 3 and 4) shall be taken by the Commission of the European Communities.

Decisions concerning the award of ERASMUS grants for students moving from Switzerland universities (Action 2) shall be taken by the competent authority in Switzerland in close cooperation with the participating universities. For this purpose, guidelines will be provided to the above competent authority by the Commission of the European Communities.

Article 8

The Contracting Parties shall make efforts to facilitate the free movement and residence of students, teachers and university administrators moving between Switzerland and the Community for the purpose of participating in activities covered by the present Agreement.

Article 9

Switzerland shall submit to the Commission, to assist the latter in drafting its annual report on ERASMUS as well as a report on the experience acquired in the application of the Programme, a contribution describing the national measures taken by Switzerland in this regard. A copy of these reports shall be transmitted to Switzerland.

Article 10

In regard to the application process, contracts, reports to be submitted and other administrative arrangements for the ERASMUS Programme, the languages used shall be the official languages of the Community.

Article 11

The present Agreement shall apply, on the one hand, to the territories in which the Treaty establishing the Community is applied and under the conditions laid down in that Treaty and, on the other hand, to the territory of Switzerland.

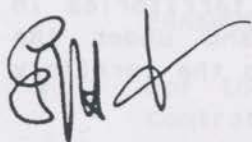
[Handwritten signature]

Article 12

1. The present Agreement shall be concluded for a period covering the five academic years following entry into force. It may be renewed for a further period of 5 years by agreement between the contracting parties. A review of the present agreement shall be completed before the end of the third academic year after entry into force.
2. Should the Community revise the ERASMUS Programme, the present Agreement may be renegotiated or terminated. Switzerland shall be notified of the exact content of the revised programme within one week after its adoption by the Community. The Contracting Parties shall notify each other within three months after the Community decision has been adopted if a renegotiation or termination of the Agreement is requested. In the event of termination, the practical arrangements for dealing with outstanding commitments shall be the subject of negotiations between the Contracting Parties.
3. Either Contracting Party may at any time request a revision of the Agreement. To this end, it shall submit a request to the other Contracting Party. The Contracting Parties may instruct the Joint Committee to examine this request and, where appropriate, to make recommendations to them, particularly with a view to opening negotiations.

Article 13

The present Agreement shall be approved by the Contracting Parties in accordance with their existing procedures. Subject to the Contracting Parties' having notified each other of the completion of the procedures necessary for this purpose, it shall enter into force on the first day of the second month following such notification. However, if such notification has not taken place by the end of September of any year, the provisions of the Agreement shall only become operational with effect from the second academic year following such notification.



R. F. Frutkin

Article 14

The Present Agreement shall be drawn up in duplicate in the Danish, Dutch, English, French, German, Greek, Italian, Portuguese, and Spanish languages, each of these texts being equally authentic.

Done at Brussels, February 14th 1991

For the Council of the European Economic Community

For Switzerland.

R. Frick

Handwritten signature

1. The Community will further develop the European University Network established under the previous programme and designed to promote Community-wide exchanges of students.

The European University Network will be composed of those universities which, in the framework of the Community, have concluded agreements with universities providing the exchange of students and recognition of study periods that are completed outside the home university.

The main aim of these university agreements is to give the students of one university the opportunity to undertake a fully integrated period of study in or from one other Member State, as an integral part of one diploma or academic qualification. These agreements concern not only an academic and/or professional period of foreign language instruction as well as cooperative learning systems and administrative work in order to prepare the conditions necessary for the exchange of students and for the mutual recognition of periods of study completed abroad. Where possible, the preparations in the foreign language should be concentrated in the country of origin before departure.

Priority will be given to programmes involving an integrated and fully integrated period of study in another Member State. For such programmes, each participating university will receive support of up to an annual ceiling of ECU 40 000 for a maximum period of three years in the first instance subject to periodic evaluation.

It shall also be possible to exchange of teaching staff for the purpose of carrying out agreed teaching programmes in other Member States.

Support will also be provided for pilot co-operation development projects between universities in different Member States in order to facilitate exchanges of students, to improve the quality of teaching and to contribute to the general development and improvement of courses on a Community-wide basis.

4. In addition, grants of up to ECU 40 000 will be provided to universities organizing learning teaching groups outside of their domestic country involving students from several different Member States. This action will be of a supplementary character.

2. The Community will also provide support for teaching staff and university administrators to carry out visits to other Member States, or enable them to prepare programmes of integrated study with universities of those Member States and to further their mutual understanding of the teaching aspects of the higher education systems of other Member States. Grants will also be provided to allow teaching staff to conduct a series of specialist lectures in several Member States.

ANNEX I

Exchange student grants scheme

1. The Community will further develop a scheme for the direct financial support of students or scholars as defined in Article 1 (2) carrying out a period of study in another Member State. In developing the total expenditure for Annex I and I consequently, the Community will have regard to the number of students to be exchanged within the European University Network as it develops.

2. The Exchange student grants are available through the competent authorities of the Member States. In view of the development of the European university network, the Member States shall each be paid a maximum of ECU 200 000 (the equivalent of approximately 100 grants) the number of which shall be allocated to each Member State on the basis of the total number of students or scholars as defined in Article 1 (2), as well as on the total

Handwritten notes and signature

ANNEX I

ACTION 1

Establishment and operation of a European University Network

1. The Community will further develop the European University Network established within the Erasmus programme and designed to stimulate Community-wide exchange of students.

The European University Network will be composed of those universities which, in the framework of the Erasmus programme, have concluded agreements and organize programmes providing for exchanges of students and teachers with universities of other Member States and ensuring full recognition of study periods thus accomplished outside the home university.

The main aim of inter-university agreements is to give the students of one university the opportunity to undertake a fully recognized period of study in at least one other Member State, as an integral part of their diploma or academic qualification. These joint programmes could include as necessary an integrated period of foreign language preparation as well as cooperation among teachers and administrative staff in order to prepare the conditions necessary for the exchange of students and for the mutual recognition of periods of study accomplished abroad. Wherever possible, the preparation in the foreign language should be commenced in the country of origin before departure.

Priority will be given to programmes involving an integrated and fully recognized period of study in another Member State. For each joint programme, each participating university will receive support of up to an annual ceiling of ECU 25 000 for a maximum period of three years in the first instance subject to periodic review.

2. Support will also be provided for exchanges of teaching staff for the purpose of carrying out integrated teaching assignments in other Member States.
3. Support will also be provided for joint curriculum development projects between universities in different Member States as a means of facilitating academic recognition and of contributing by means of an exchange of experience to the process of innovation and improvement of courses on a Community-wide basis.
4. In addition, grants of up to ECU 20 000 will be provided to universities organizing intensive teaching programmes of short duration involving students from several different Member States. This action will be of a complementary nature.
5. The Community will also provide support for teaching staff and university administrators to carry out visits to other Member States, to enable them to prepare programmes of integrated study with universities of these Member States and to increase their mutual understanding of the training aspects of the higher education systems of other Member States. Grants will also be provided to allow teaching staff to conduct a series of specialized lectures in several Member States.

ACTION 2

Erasmus student grants scheme

1. The Community will further develop a scheme for the direct financial support of students at universities as defined in Article 1 (2) carrying out a period of study in another Member State. In determining the total expenditure for Actions 1 and 2 respectively, the Community will have regard to the number of students to be exchanged within the European University Network as it develops.
2. The Erasmus student grants are administered through the competent authorities of the Member States. In view of the development of the European university network, the Member States shall each be paid a minimum of ECU 200 000 (the equivalent of approximately 100 grants); the remainder shall be allocated to each Member State on the basis of the total number of students at universities as defined in Article 1 (2), as well as on the total

PH

R. F. K. S.

number of 18 to 25-year-olds in each Member State, the average cost of the journey between the country of the university of the student's country of origin and that of the host university as well as on the difference between the cost of living in the country of the home university and that of the host university.

Moreover, the Commission will take the necessary steps to ensure balanced participation across the various subjects, to take account of the demand for programmes and of student flow and to deal with certain specific problems, in particular the financing of certain grants which, because of the structure of the exceptional programmes concerned, cannot be administered by national agencies. The proportion available for such measures shall not exceed 5 % of the total annual student grants budget.

3. The grant-awarding authorities of the Member States will issue grants up to a maximum of ECU 5 000 per student for a stay of one year, subject to the following conditions:

- (a) the grants are intended to offset the additional costs of mobility, that is travel costs, foreign language preparation as necessary and higher cost of living in the host country (including, where appropriate, the extra cost of living away from the student's home country). They do not aim to cover the full cost of study abroad;
- (b) priority will be given to students on courses which are part of the European University Network under Action 1 as well as to those students participating in the European Community Course Credit Transfer System (ECTS) pursuant to Action 3. Grants may also be provided for other students on courses for whom special arrangements are made outside the network in another Member State provided they fulfil the eligibility criteria;
- (c) grants will be awarded only in cases where the period of study spent in another Member State will be granted full recognition by the student's home university. However, grants may be awarded exceptionally in cases where the period of study to be spent in another Member State will be granted full recognition by the degree-awarding university in that Member State, provided that this arrangement forms part of an inter-university agreement supported pursuant to Action 1;
- (d) no tuition fees will be charged by the host university to incoming students; where appropriate, grantholders will continue to pay tuition fees at their home university;
- (e) grants will be awarded for a significant period of academic study in another Member State of three months to a full academic year, or to more than 12 months in the case of highly integrated programmes. Grants will not normally be awarded for the first year of university study;
- (f) any grants or loans available to students in their own country will continue to be paid in full during their period of study at the host university for which they are receiving an Erasmus grant.

ACTION 3

Measures to promote mobility through the academic recognition of diplomas and periods of study

The Community will undertake, through cooperation with the competent authorities in the Member States, the following actions in order to promote mobility through the academic recognition of diplomas and periods of study acquired in another Member State:

1. measures to promote the European Community Course Credit Transfer System (ECTS) on an experimental and voluntary basis in order to provide a means by which students undergoing or having completed higher education and training may receive credit for such training carried out at universities in other Member States. A limited number of grants of up to ECU 20 000 per year will be awarded to the universities participating in the pilot system;
2. measures to promote the Community-wide exchange of information on the academic recognition of diplomas acquired and periods of study spent in another Member State, notably by means of the further development of the European Community Network of national academic recognition information centres; annual grants of up to ECU 20 000 will be awarded to the centres to facilitate exchange of information, in particular by means of a computerized system for data exchange.

GH
R. Müller

ACTION 4

Complementary measures to promote student mobility in the Community

1. The complementary measures are intended to finance:

- support to association and consortia of universities, teaching staff, administrators or students acting on a European basis, in particular with a view to making initiatives in specific fields of training better known throughout the Community;
- publications designed to enhance awareness of study and teaching opportunities in the other Member States or to draw attention to important developments and innovative models for university cooperation throughout the Community;
- other initiatives designed to promote inter-university cooperation in the field of vocational training within the Community;
- measures facilitating the dissemination of information on the Erasmus programme;
- Erasmus prizes of the European Community to be awarded to students, staff members, universities or Erasmus projects which have made an outstanding contribution to the development of inter-university cooperation within the Community.

2. The cost of measures under Action 4 will not exceed 5% of the annual appropriations for the Erasmus programme.

2/11

R. J. L.

2/11

ANNEX II

FINANCING RULES

Article 1

The financial regulation in force applicable to the general budget of the European Communities shall apply, notably to the management of the appropriations.

Article 2

At the beginning of each year, or whenever the ERASMUS Programme is revised so as to involve an increase in the amount entered in the Community budget for its implementation, the Commission shall send to Switzerland a call for funds corresponding to its contribution to the costs under the present Agreement.

This contribution shall be expressed in ECU and paid into an ECU bank account of the Commission.

Switzerland shall pay its contribution to the annual costs under the Agreement according to the call for funds and at the latest one month after the call for funds is sent. Any delay in the payment of the contribution shall give rise to the payment of interest by Switzerland on the outstanding amount from the due date. The interest rate shall correspond to the rate applied by the (FECOM) (EFMC), for the month of the due date, for its operations in ECU⁽⁴⁾, increased by 1.5 percentage points.

(4) Rate published monthly in OJEC - C series

/ R.F. ...

AGREED MINUTES

of the negotiations for an Agreement between the European Economic Community and the EFTA Countries establishing cooperation in the field of education and training within the framework of the ERASMUS Programme.

1. It was noted that these negotiations had been conducted under the general framework of the Luxembourg Declaration of 1984 and that the institutional arrangements as well as the form and extent of participation of the EFTA Countries in the ERASMUS Programme have been negotiated without prejudice to the EEA negotiations.
2. The Delegations of the EFTA Countries noted that the LINGUA Programme considerably contributes to student mobility by promoting the teaching and learning of foreign languages in the EC, thus providing inter alia complementary support to the success of ERASMUS among Community Member States. They, therefore, recalled the Joint Conclusions of the High Officials within the framework of the Luxembourg follow-up and in particular that the High Officials had asked experts to examine at the earliest feasible opportunity the possibility for participation by the EFTA Countries in the Youth for Europe and other educational programmes. The Commission Delegation undertook to draw the EFTA position to the attention of its authorities.
3. It was noted that the provisions of the last sentence of Art. 3.1.1, would imply in practice that bilateral ICPs would only be selected for financial support by the Commission if insufficient multilateral programmes were available for selection, either in respect of the overall involvement of the EFTA Country concerned or in respect of the involvement of that Country in applications in a particular subject area. If selected, such ICPs would, however, have to involve partners from at least one further Community Member State in order to be eligible for ERASMUS support in subsequent years.
4. As regards Art. 3.1.2, the Agreement with Liechtenstein contains provisions taking account of its specific situation. It was noted that the provisions of the agreements should not lead to a situation where participation of EFTA Countries in ERASMUS would need to be subsidized by the Community.
5. As regards the implementation of Art. 3.3, it was noted that in preparation of EFTA Countries' participation in ERASMUS, representatives from EFTA Countries will be invited to participate as observers in meetings of NARIC and ECTS already in anticipation of the entry into force of the Agreements.

6. As regards the annual financial contribution of EFTA Countries covering their participation in the first academic year in the ERASMUS Programme the table annexed to the Agreed Minutes gives indicative amounts based on the budget estimates for the year 1991 (not including supplementary budget for the Five New German Länder -FNL-, the amount of which is not yet known). As regards subsequent years, the Commission Delegation undertook to ensure that EFTA countries would be informed as early as possible about annual budget estimates to facilitate national budgetary planning.
- The Commission Delegation explained that the resources allocated by the Community to the ERASMUS Programme would be in conformity with the Community financial perspectives and their developments. Appropriations actually available each year would be decided during the Community budgetary procedure.
- It was confirmed that EFTA Countries will bear their own costs in preparation of their participation up to the date when their full contribution to the ERASMUS Programme becomes due.
7. It was noted that the Joint Committees to be established in implementation of Article 6 of the Agreements with the EFTA Countries should, whenever possible, meet jointly. Meetings of the Joint Committees should be so coordinated with those of the ERASMUS Advisory Committee as to best take account of the coordination requirement provided for in Article 6 para. 3. The Commission Delegation explained that the manner in which the Community would be represented in the Joint Committees was a matter which would be decided in due course by the competent Community Authorities. It was noted, however, that, in the Joint Committees provided for in other agreements between the Community and the EFTA Countries, it had been decided that the Community should be represented by the Commission, assisted by representatives of the Member States. The EFTA Countries stressed that it was important that this should also be the case in respect of the Joint Committees in the present agreements and expressed their understanding that such representations would normally include members of the ERASMUS Advisory Committee. The Commission Delegation stressed the desirability of including at least one academic representative in each of the respective EFTA Country delegations to the Joint Committees, as is presently the case in the ERASMUS Advisory Committee. The questions of the periodicity of meetings as well as of chairmanship in the event of joint meetings of Joint Committees should be decided in the rules of procedure.
8. As regards to the Academic Advisory Groups which advise the Commission in connection with the selection of ICPs, the Commission Delegation confirmed that the EFTA Countries participating in ERASMUS would be invited to submit the names of possible experts, as was already the case for Community Member States. The final composition of such Advisory Groups would, as now, remain a matter for the Commission to decide. The Commission Delegation confirmed that travel and subsistence costs of experts from EFTA Countries would be defrayed from the ERASMUS budget on the same basis as for experts from Community Member States participating in such Advisory Groups.

9. It was noted that Article 12 para. 3 would allow the possibility for either side to propose at any time a modification of the Agreement to take account of new developments in the relations between the Community and the EFTA countries arising out of the EEA negotiations.
10. As regards the arrangements during the preparatory period, it was agreed that the EFTA Countries would each nominate a contact point for the purpose of facilitating liaison with the Commission. The Commission would assist the EFTA Countries in conducting information campaigns in their respective countries. The EFTA Countries confirmed their willingness to defray the travel and subsistence costs of Community representatives participating in the above.

Done at Brussels, 14 February 1991

FOR THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY:

Erin Hayes
Henri Burg

FOR THE REPUBLIC OF AUSTRIA:

Friedrich Hantsch

FOR THE REPUBLIC OF FINLAND:

FOR THE REPUBLIC OF ICELAND:

FOR THE KINGDOM OF NORWAY:

Tor Unghvald

FOR THE KINGDOM OF SWEDEN:

Bertil Sjögren

FOR THE SWISS CONFEDERATION:

R. Frick

FOR THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN:

indicative table showing the contributions of EFTA countries and Liechtenstein to the total ERASMUS budget (EC/EFTA) assuming an ERASMUS budget of 70 ECU milio for EC.

| | GDP (1) | EFTA % contri | Contributions to total EC & EFTA ERASMUS budget |
|-----------|---------|------------------|---|
| Aus | 126,7 | 2,61 | 2128553 |
| Fin | 103,6 | 2,14 | 1748797 |
| Ice | 5,9 | 0,12 | 101649 |
| Nor | 90,7 | 1,88 | 1535141 |
| Swe | 178,8 | 3,64 | 2971931 |
| Swi | 183,4 | 3,73 | 3045534 |
| Lie (2) | | 0,02 | 13652 |
| EFTA | | 14,1581 | 11545258 |
| EC | | | 70000000 |
| EC & EFTA | | | 81545258 |

$\times 1.78 = \text{SFr. } 5'421'051.-$

Notes:

- (1) GDP used is at current prices and exchange rates as used by COMETT II for the contributions of EFTA in 1990
- (2) Liechtenstein's contribution is calculated pro rata to Switzerland's on the same basis as for COMETT II

| | GDP (1) | Allocation of 500000 ECU (000) |
|---------|---------|--------------------------------------|
| Aus | 126,7 | 92,2 |
| Fin | 103,6 | 75,7 |
| Ice | 5,9 | 4,4 |
| Nor | 90,7 | 66,5 |
| Swe | 178,8 | 128,7 |
| Swi | 183,4 | 131,9 |
| Lie (2) | | 0,6 |
| EFTA | | 500 |
| EC | | |

Notes:

- (1) GDP used is at current prices and exchange rates as used by COMETT II for the contributions of EFTA in 1990
- (2) Liechtenstein's contribution is calculated pro rata to Switzerland's on the same basis as for COMETT II

Swiss Statement

Initiating of the Agreement between the European Economic Community and The Swiss Confederation establishing cooperation in the field of education and training within the framework of the ERASMUS Programme.

On behalf of the Swiss delegation, I take the opportunity of the initiating the Agreement to thank you, Mr. Chairman, as well as the Task Force on Human Resources and the representatives of the ERASMUS Bureau for the very valuable information and clarifications that were given to us within the course of this negotiation. We are glad today to be in a position to initiate the Agreement less than three months after the start of our negotiations even though the late start left limited time for the actual negotiation process.

We would like to express our satisfaction concerning the principle of the opening of all actions of the ERASMUS programme to Swiss participation starting with the academic year 1992/1993.

Nevertheless, we would like to also express our disappointment concerning the modalities of participation that have been proposed by the EC. The modalities comprise mainly the fact to use rule concerning Action 1 which has also a negative impact on Action 2, the solution proposed for sociology, the fact that only EFTA countries and mobility will not be eligible for ERASMUS support, as well as the financial modalities of participation, in particular concerning the difficulty to have a proper control on the actual extent of our financial contribution (which is directly listed in the annual budget of the EC Programme). We however very much appreciated the efforts undertaken by the Commission to achieve flexibility in the starting period.

As you know, we are doing the best to achieve equal participation in EC programmes and also to ensure financial stability according to the same principle of equal participation will also be applied in the future. We shall then be in a position to ensure that all EFTA countries will be able to participate in the coming

Swiss Statement**Initialing of the Agreement between the European Economic Community and The Swiss Confederation establishing cooperation in the field of education and training within the framework of the ERASMUS Programme.**

On behalf of the Swiss delegation, I take the opportunity of the initialing the Agreement to thank you, Mr. Chairman, as well as the Task Force on Human Resources and the representatives of the ERASMUS Bureau for the very valuable information and clarifications that were given to us within the course of this negotiation. We are glad today to be in a position to initial this Agreement less than three months after the start of this negotiation even though the late start left limited time for the actual negotiation process.

We would like to express our satisfaction concerning the principle of the opening of all actions of the ERASMUS programme to Swiss participation starting with the academic year 1992/1993.

Nevertheless, we would like to also express our disappointment concerning the modalities of participation that have been proposed by the EC. This remark concerns mainly the two to one rule concerning Action 1, which has also a negative impact on Action 2, the solution proposed for comitology, the fact that intra EFTA cooperation and mobility will not be eligible for ERASMUS support, as well as the financial modalities of participation, in particular concerning the difficulty to have a proper control on the annual amount of our financial contribution (which is directly linked to the annual budget of the EC Programme). We however very much appreciated the efforts undertaken by the Commission to achieve flexibility in the starting up period.

As you know, we are aiming, the framework of the EEA negotiations, at full and equal participation in EC programmes and actions in the field of flanking policies to which we contribute financially according to the same rules as EC member States. We take it, that this principle of equal participation will also be realized concerning ERASMUS once the EEA treaty is in place. We shall then be in an even better position to contribute, in the common interest of all, to a "Students'Europe".

Diese Erklärung wurde von der schweizerischen Delegation (den beiden Vertretern des Integrationsbüros, dem Vertreter der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Vertreter des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft) gemeinsam verfasst und vom Vertreter des für diese Verhandlungen federführenden Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, Herrn Ralph Friedländer, anlässlich der Paraphierungszeremonie am 14. Februar 1991, um ca. 19.30 Uhr, am Sitz der EG-Task Force on Human Resources in Brüssel, vorgetragen.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Berne, le 7 mai 1991

**Für die BR.-Sitzung
 vom - 8. MA 1991**

Au Conseil fédéral

Beteiligung der Schweiz am EG-Programm ERASMUS, dem gemeinschaftlichen Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (Beschluss des Rates 87/327/EWG).

C o - r a p p o r t

à la proposition du DFAE, DFI, DFEP du 2 mai 1991

Nous proposons de modifier ainsi le point 4 du projet de décision:

„4. Der Chef der Schweizerischen Mission bei der EG ...“

La signature d'un tel accord entre dans les fonctions normales de notre chef de mission à Bruxelles et ne justifie pas le déplacement d'un Conseiller fédéral, ne serait-ce que dans une perspective de décharge des Conseillers fédéraux.

La présence du président de la Confédération serait d'autant plus inopportune que l'accord ERASMUS est loin d'être satisfaisant puisque nous ne sommes sur un pied d'égalité ni en ce qui concerne les modalités d'exécution de l'accord, ni en ce qui concerne la participation à la gestion du programme consultatif d'ERASMUS.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES

S Stich

Stich